



An den Grossen Rat

17.5344.01

GD/ Präsidialnummer: P175344

Basel, 1. November 2017

Regierungsratsbeschluss vom 31. Oktober 2017

Interpellation Nr. 115 von Eduard Rutschmann betreffend «Walk-in-Konzept der UPK und die damit verbundenen Kosten für die Allgemeinheit»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 18. Oktober 2017)

„Im 2014 wurde von den Universitären Psychiatrischen Kliniken UPK ein „Gesundheitszentrum“ eröffnet, ein Psychiatriezentrum, das Patienten ohne Voranmeldung („Walk-in-Konzept“) aufsuchen können. Das „Gesundheitszentrum“ der UPK in Basel liegt auf der Lyss, - zentral und mit niederschwelligem Zugang: „Wir benennen das als Walk-In-Angebot“, sagte damals Chefarzt Stefan Borgwardt, „um so zu zeigen, wie einfach man bei uns hereinspazieren kann.“

Bei der Schaffung dieses Angebots wurde damals schon die Frage aufgeworfen, ob die Niederschwelligkeit eines solchen Walk-In-Zentrums der UPK eine Nachfrage generiert, welche es ohne dieses Angebot gar nicht gäbe. In Bezug auf die frühzeitige Erkennung von Erkrankungen mag ein solches Angebot präventiven Charakter haben – hingegen sind solche Angebote im Rahmen der in dieser Region in der Öffentlichkeit diskutierten (und oft auch kritisierten) Überversorgung angesichts der steigenden Krankenkassenprämien zu hinterfragen.

An gleicher Stelle wird auch ein Ambulatorium für Transkulturelle Psychiatrie bewirtschaftet, welches Menschen berät und behandelt, bei denen „kultur- und/oder migrationsspezifische Fragen wie unterschiedliche Wertvorstellungen und fehlende gesellschaftliche Integration im Zusammenhang mit psychischem Leiden im Vordergrund stehen.“ (Zitat Homepage der UPK). In der ambulanten Abklärung, Beratung und Behandlung werden – gemäss Homepage – transkulturelle Mediatoren eingesetzt. Diese können „in Therapieverfahren unterstützen, bei weniger sprachkompetenten Patienten präziser und erfolgreicher arbeiten“. Und weiter: „Behandlungsbeispiele sind etwa edukative Angebote für Frauen mit geringem Bildungs- bzw. Alphabetisierungsgrad, Förderung der Integration und Unterstützung der persönlichen Autonomie insbesondere für türkische und serbokroatische Frauen sowie Gruppenansätze zur Verbesserung von Affektregulation von männlichen Patienten in Zusammenhang mit Verlusten (Job, Partner oder körperliche Integrität), Kränkung und Verbitterung.“

Der Interpellant ersucht den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Patienten besuchten in den Jahren 2014, 2015, 2016 das Gesundheitszentrum?
2. Wie viele dieser Patienten waren im Kanton Basel-Stadt wohnhaft (bitte für die genannten Jahre einzeln aufführen)?
3. Wie viele der in Basel-Stadt wohnhaften Patienten sind Schweizer Staatsangehörige, wie viele sind ausländische Staatsangehörige (wiederum für 2014-2016; bitte bei den ausländischen Staatsangehörigen nach Niederlassungsbewilligungs-Status aufführen)?
4. Bei wie vielen war eine Folgebehandlung notwendig (wiederum gemäss Aufteilung wie bei

Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?

5. Wurden auch Fälle abgelehnt?
6. In wie vielen Fällen fand eine Abrechnung via KVG statt?
7. Wie hoch waren die über das KVG verrechneten Kosten (wiederum gemäss Aufteilung wie bei Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?
8. Haben sich die Kosten und Fallzahlen infolge einer stärkeren Nutzung dieses psychiatrischen Angebots der UPK (Niederschwelligkeit), seit der Lancierung des Gesundheitszentrums, erhöht?
9. In wie vielen Fällen musste ein Dolmetscherdienst hinzugezogen werden (wiederum gemäss Aufteilung wie bei Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?
10. Wie hoch waren die Gesamtkosten für den angebotenen Dolmetscherdienst pro Jahr?
11. Werden die Dolmetscherkosten ebenfalls über das KVG abgerechnet?
12. Werden im Rahmen von Bleiberecht-Abklärungen für Asylanten auch die Dienste des Zentrums in Anspruch genommen?
 - Falls ja, wie viele Fälle pro Jahr sind dies?
 - Falls ja, wie viele Asylsuchende erhielten in der Folge ein Bleiberecht?
13. Basel-Stadt war der erste Kanton mit einer „Walk-in-Praxis“ in der Schweiz. Kennt der Regierungsrat Pläne aus anderen Kantonen resp. wurden zwischenzeitlich weitere solche Praxen eröffnet?

Eduard Rutschmann“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

In der Kornhausgasse befinden sich die Ambulanzen der Erwachsenen-Psychiatrie und die Poliklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Es handelt sich dabei nicht um neues Psychiatriezentrum, welches für Patienten ohne Voranmeldung («Walk-in-Konzept») eröffnet wurde, sondern resultiert aus einer Zusammenlegung von mehreren dezentralen Ambulatorien der Erwachsenenpsychiatrie (Claragraben, Mittlere Strasse und Poliklinik im USB) sowie der Poliklinik Schaffhauserstrasse der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Durch diese Zusammenlegung wurden infrastrukturelle Kosten gespart, und es konnte eine kontinuierliche Senkung der Kosten pro Patient bzw. Patientin erreicht werden. Das «Walk-in-Konzept» gilt dabei innerhalb der gesamten Ambulanz nur für die Akutambulanz und nicht für die anderen Ambulanzen.

Die Mitarbeitenden der Kornhausgasse arbeiten eng mit den niedergelassenen Psychiatern und Psychiaterinnen zusammen, so dass ein Angebot entstanden ist, welches durch niedergelassene Psychiater und Psychiaterinnen in Basel nicht geleistet werden kann: Zum einen die Versorgung von Notfällen, die bei bestehenden, teilweise langen Wartelisten in den Praxen keinen schnellen Termin bekommen und zum anderen schwerkranke Menschen, die sich nicht an Termine halten und entsprechend ebenfalls nicht von niedergelassenen Psychiatern und Psychiaterinnen betreut werden können (u.a. auch wegen den hohen Dolmetscherkosten, welche nicht weiterverrechnet werden können). Durch diese niederschweligen Behandlungen entsteht keine Überversorgung. Im Gegenteil, es werden die Kosten der sehr viel teureren Akutbehandlungen auf dem Notfall, die mehrfache Inanspruchnahme von nicht-psychiatrischen niedergelassenen Ärzten und Hospitalisationen vermieden.

Die Akutambulanz bietet keine Dauerbehandlungen an, sondern sie dient der Weitervermittlung in eine adäquate ambulante Behandlungsstruktur. Es werden nur Personen mit einer psychiatrischen Erkrankung behandelt, und es wird mit etablierten und evidenzbasierten psychiatrischen

und psychotherapeutischen Verfahren gearbeitet. Es wird keine «Integrations- und Lebenshilfe» angeboten.

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Erwachsenenpsychiatrie, da die Poliklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie erst 2017 an die Kornhausgasse verlegt wurde.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wie viele Patienten besuchten in den Jahren 2014, 2015, 2016 das Gesundheitszentrum?*

2014: 2'218

2015: 2'337

2016: 2'920

Hinweis: Die Falldefinition im ambulanten Bereich ist unterschiedlich und das Leistungsvolumen variiert sehr stark.

2. *Wie viele dieser Patienten waren im Kanton Basel-Stadt wohnhaft (bitte für die genannten Jahre einzeln aufführen)?*

2014: 1'406

2015: 1'467

2016: 1'779

3. *Wie viele der in Basel-Stadt wohnhaften Patienten sind Schweizer Staatsangehörige, wie viele sind ausländische Staatsangehörige (wiederum für 2014-2016; bitte bei den ausländischen Staatsangehörigen nach Niederlassungsbewilligungs-Status aufführen)?*

Vorgängig ist anzumerken, dass die Nationalität der Personen für den Behandlungsentscheid keine Relevanz hat.

	Schweiz	Nicht-Schweiz	Unbekannt*	Gesamt
2014	857	464	85	1'406
2015	916	477	74	1'467
2016	1'112	604	63	1'779

Der Niederlassungsbewilligungs-Status wird nicht erhoben und ist somit nicht bekannt.

*Patienten, bei denen die Staatszugehörigkeit nicht festgestellt werden konnte.

4. *Bei wie vielen war eine Folgebehandlung notwendig (wiederum gemäss Aufteilung wie bei Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?*

Es werden keine Folgebehandlungen angeboten. Ausnahmsweise kommt es zu einer weiteren ambulanten Behandlung, wenn für Patientinnen und Patienten eine Anschlusslösung nicht zeitgerecht gefunden werden konnte.

5. *Wurden auch Fälle abgelehnt?*

Es werden nur psychisch kranke Patientinnen und Patienten aufgenommen. Isolierte Sozialberatung sowie Integrations- und Lebenshilfe wird nicht angeboten. Die Anzahl abgewiesener Fälle wird nicht erhoben.

6. *In wie vielen Fällen fand eine Abrechnung via KVG statt?*

Es werden ca. 97% der Fälle über KVG abgerechnet. Der Rest sind Selbstzahler.

7. *Wie hoch waren die über das KVG verrechneten Kosten (wiederum gemäss Aufteilung wie bei Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?*

Durchschnittliche Rechnungsbeträge pro Patientin bzw. Patient:

2014: 1'291.14 Franken
2015: 960.75 Franken
2016: 852.36 Franken

Eine Aufteilung nach Herkunft / Wohnort / Staatsangehörigkeit ist nicht möglich.

8. *Haben sich die Kosten und Fallzahlen infolge einer stärkeren Nutzung dieses psychiatrischen Angebots der UPK (Niederschwelligkeit), seit der Lancierung des Gesundheitszentrums, erhöht?*

Wie aus den Antworten aus den Fragen 2 und 7 ersichtlich ist, sind die Gesamtkosten seit 2014 zurückgegangen:

2014: 2'863'749 Franken
2015: 2'245'273 Franken
2016: 2'488'891 Franken

9. *In wie vielen Fällen musste ein Dolmetscherdienst hinzugezogen werden (wiederum gemäss Aufteilung wie bei Frage 3 aufgeführt und aufgeteilt)?*

Diese Angaben liegen uns nicht vor.

10. *Wie hoch waren die Gesamtkosten für den aufgegebenen Dolmetscherdienst pro Jahr?*

2014: 226'877.40 Franken
2015: 116'814.40 Franken
2016: 134'156.35 Franken

11. *Werden die Dolmetscherkosten ebenfalls über das KVG abgerechnet?*

Nein. Die entstandenen Kosten müssen von den Universitären Psychiatrischen Kliniken getragen werden.

12. Werden im Rahmen von Bleiberecht-Abklärungen für Asylanten auch die Dienste des Zentrums in Anspruch genommen?

- Falls ja, wie viele Fälle pro Jahr sind dies?
- Falls ja, wie viele Asylsuchende erhielten in der Folge ein Bleiberecht?

Nein.

13. Basel-Stadt war der erste Kanton mit einer «Walk-in-Praxis» in der Schweiz. Kennt der Regierungsrat Pläne aus anderen Kantonen resp. wurden zwischenzeitlich weitere solche Praxen eröffnet?

In allen psychiatrischen Kliniken der Schweiz gehört ein niederschwelliger Zugang zu ambulanter Beratung zum Standard und wird durch die Notaufnahmen und durch Dienstärztsysteme gewährleistet. Inwiefern andere Kantone das Konzept der UPK übernommen haben, ist nicht bekannt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin